

hier geblieben! jetzt erst recht!

anfang dezember treffen sich die landesinnenminister in bremen. ihre anstehenden entscheidungen bestimmen über die zukunft von mehr als 100.000 menschen • **antirassistische mobilisierungs- und infozeitung nov/dez '09**

2. bis 4. dez 2009
**innen
minister
konferenz**
in bremen



bleiberechtsdemo von karawane und jugend ohne grenzen, berlin 2007

Die „Bleiberechtsregelung“ läuft zum 31. Dezember aus

Vom Leben ausgesperrt

Keine Rechte, keine Sicherheit, keine Perspektive: In Deutschland leben über 100.000 Menschen mit „Kettenduldungen“

In Deutschland leben rund 200.000 Menschen mit einer so genannten Duldung, die meisten schon seit vielen Jahren. Eine Duldung ist keine Aufenthaltserlaubnis, sie ist das Gegenteil davon. Es ist die Bescheinigung darüber, dass diese Menschen verpflichtet sind, Deutschland zu verlassen – obwohl ihnen dies praktisch sehr oft gar nicht möglich ist. Der deutsche Staat enthält ihnen trotzdem viele grundlegende Rechte vor.

Geduldeten wird zum Beispiel unter Androhung von Strafe verboten, ihren Landkreis zu verlassen. Diese als „Residenzpflicht“ bekannte Regelung ist Teil des Aufenthaltsgesetzes und weltweit in dieser Form einmalig. Sie gilt auch für alle AsylbewerberInnen, während ihr Asylantrag geprüft wird. Geduldete werden größtenteils „zentral untergebracht“. Praktisch bedeutet dies ein Leben in Lagern, die häufig weit abgelegen und in einem sehr schlechten Zustand sind. In diesen Unterkünften müssen sich oft vier oder fünf Menschen aus unterschiedlichen Ländern ein enges Zimmer teilen.

ARBEITEN IST GEDULDETEN VERBOTEN

Zu arbeiten oder zu studieren ist Geduldeten in der Regel verboten, sie erhalten einen gegenüber Hartz IV stark reduzierten Sozialleistungssatz. Ihre Zeit wird oft nur durch die Termine bei der Ausländerbehörde strukturiert, bei der sie alle paar Monate ihre Duldung verlängern lassen müssen. Sie begleitet dabei stets die Angst, womöglich doch noch abgeschoben zu werden. Von der deutschen Bevölkerung werden sie so absichtlich isoliert, Bekanntschaften zu knüpfen oder FreundInnen zu finden ist sehr schwierig. Mit all dem wird den Menschen gesellschaftliche Teilhabe systematisch verweigert.

Eine solche Duldung erhält, wer Deutschland verlassen muss, aber (noch) nicht abgeschoben werden kann, zum Beispiel weil kein Pass vorliegt, wegen einer Erkrankung oder weil es keinen Weg gibt, eine Kriegsregion anzufliegen.

Viele Geduldete bringen in Deutschland Kinder zur Welt, die hier aufwachsen, hier zur Schule gehen und Deutschland als ihre Heimat betrachten. Auch ihnen werden viele Rechte verwehrt, die für andere Kinder und Jugendliche selbstverständlich sind.

Vom 2. bis zum 4. Dezember tagen die Innenminister der Bundesländer unter Vorsitz des Bremer Innensenators Ulrich Mäurer (SPD). Vor drei Jahren wurde auf

der Innenministerkonferenz in Nürnberg nach jahrelangem öffentlichen Druck eine Bleiberechtsregelung beschlossen, die einigen langjährig Geduldeten ein Bleiberecht ermöglichen sollte. Ihr folgte im August 2007 eine gesetzliche Altfallregelung. Beide Regelungen legen einen Einreisestichtag fest, der einen sechs- beziehungsweise achtjährigen Aufenthalt vorsah. Nach der Altfallregelung wurde der Aufenthalt nur auf Probe erteilt und an eine überwiegend eigenständige Lebensunterhaltssicherung – spätestens bis zum 31.12.2009 – geknüpft.

110.000 FIELEN DURCH

Doch für viele ist es aufgrund verschiedener Einschränkungen wie Sprachbarrieren oder Krankheit sowie staatlichen Restriktionen und der schlechten wirtschaftlichen Lage unrealistisch, eine ausreichend bezahlte oder überhaupt Arbeit zu finden. Diese ohnehin völlig ungenügende Regelung hat von vornherein den größten Teil der Geduldeten von einem Bleiberecht ausgeschlossen. Nun erweist sie sich auch für die, die eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe bekommen haben, als Enttäuschung. Nur ein geringer Anteil der Betroffenen konnte die Bedingungen erfüllen. Am 1. Januar droht 35.000 Menschen (über 50 Prozent derer, die nach einer der Regelungen eine Aufenthaltserlaubnis bekommen haben) der Rückfall in die Duldung. 110.000 Geduldete bekamen gar keine Chance auf ein Bleiberecht.

In Bremen haben in den vergangenen drei Jahren von den über 3.000 geduldeten Menschen bislang lediglich 605 Personen eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten. Vielen droht nun der Rückfall in die Duldung und damit auch wieder die Abschiebung. Die Gefahr der Abschiebung ist dabei jetzt größer als in der Zeit vor der Regelung, denn den Ausländerbehörden liegen nun Passpapiere vor. Das war eine der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Bleiberechtsregelungen – und ist umgekehrt eine der Voraussetzungen für eine ungehinderte Abschiebung.

Das Thema Bleiberechtsregelung ist einer der zentralen Tagesordnungspunkte auf der Innenministerkonferenz. Doch eine bloße Verlängerung der Frist, wie einige SPD-Minister sie gegen die CDU durchzusetzen versuchen, wird das Elend für einige nur ein Jahr aufschieben – und vielen anderen auch weiterhin auf Dauer eine Perspektive, soziale Teilhabe und ein würdiges Leben in Deutschland verweigern. •

15.000 Roma sollen in den Kosovo abgeschoben werden

Noch immer drohen Pogrome

Elf Jahre nach dem NATO-Angriff können Roma im Kosovo nicht leben – hierlassen will die Bundesregierung sie aber auch nicht

Als 1998 die NATO mit Bombardierungen zur „humanitären Konfliktlösung“ im Kosovo einschritt, waren bereits mehrere tausend Roma nach Serbien und Montenegro geflohen. Als diejenige Minderheit, der im Auflösungsprozess Jugoslawiens keine entsprechende Bewegung nationale Identität und Zugehörigkeit versprach, gerieten Roma in den gewaltsamen Auseinandersetzungen ganz besonders häufig zwischen die Fronten. Mit Ende der offiziellen Kriegshandlungen im Kosovo beruhigte sich die Situation jedoch keineswegs.

Albanische Nationalist_innen begannen nun damit, die serbische Minderheit sowie Roma, Ashkali, Kosovo-Ägypter und andere aus der Region zu vertreiben. Häuser wurden niedergebrannt, viele der verbliebenen Roma sind seither gezwungen, in Enklaven zu leben. All das spielte sich unter den Augen der internationalen Gemeinschaft ab, die ja nun im Land – zur Friedenssicherung – stationiert war. Einst 15 Prozent der kosovarischen Bevölkerung, verließen aufgrund der Vertreibungen mehr als hunderttausend Roma das Land. Heute leben Roma im Kosovo buchstäblich auf gepackten Koffern, in Armut und meist ohne Zugang zu Bildung und sozialer Sicherung. Immer wieder kommt es zu rassistischen Übergriffen.

In Deutschland leben Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo seit vielen Jahren „auf Duldung“. Sie können aufgrund deshalb keine Perspektive entwickeln, fühlen sich hier aber dennoch sicher vor direkten Angriffen. Gerade die Jugendlichen haben hier längst ein Zuhause gefunden. Nachdem die Statusverhandlungen im Kosovo

zur Zufriedenheit der internationalen Gemeinschaft abgeschlossen wurden – Roma waren bei diesen Verhandlungen nicht repräsentiert – wurde Anfang dieses Jahres die Sache rund gemacht: Mithilfe eines Rückübernahme-Abkommens zwischen Deutschland und der kosovarischen Regierung sollen die Roma-Flüchtlinge nach mehr als 10 Jahren in den neu geschaffenen Nationalstaat abgeschoben werden. So werden bestehende „Abschiebehindernisse“ kurzerhand aus dem Weg geräumt, ohne dass dies auch nur im Entferntesten der realen Sicherheitslage für Roma im Kosovo entspricht. Roma gelten in ganz Europa als die größte „ethnische Minderheit“.

DIE NAZIS TÖTETEN 500.000 ROMA

Antiziganismus hat eine mehr als 500-jährige Geschichte. Vorstellungen, die sich die Mehrheitsgesellschaft von angeblichen „Zigeunern“ macht(e) und auf deren Grundlage ausgegrenzt, vertrieben, getötet oder auch romantisch verklärt wird, haben sich auch nach dem nationalsozialistischen Völkermord hartnäckig gehalten.

Obwohl in Berlin ein staatliches Mahnmahl zur Erinnerung an die 500.000 ermordeten Sinti und Roma gebaut wird, scheint meist ausgeblendet zu werden, dass diese Verfolgung Teil der Geschichte aller heute in Europa lebenden Roma ist. Ein Leben in Sicherheit und Würde für sie zu gewährleisten, wäre neben dem gern lautgerufenen Gebot zur Wahrung der Menschenrechte die gleichzeitig ernst genommene Verpflichtung dafür Sorge zu tragen, dass Auschwitz nicht noch einmal sei. • <http://www.roma-kosovainfo.com>



ehemaliges romalager bei mitrovica (kosovo). foto: d. auer

Wir fordern: Keine Rücknahmeübereinkommen und Rückführungen, insbesondere in solche Länder, die Menschenrechte verletzen wie zum Beispiel Kosovo, Syrien oder Griechenland. Menschen, die ihre Heimatländer verlassen mussten, müssen wirksam geschützt werden. Wir fordern deshalb insbesondere keine Abschiebungen von Roma, keine Abschiebungen in den Iran, Irak, nach Afghanistan, Sri Lanka oder andere Krisenregionen. Weiter fordern wir wirksame Maßnahmen um gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen: Vollständige und vorbehaltlose Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention, die Erleichterung der Einbürgerung für Erwachsene und sofortige Einbürgerung für hier geborene Kinder, den Zugang zu kostenlosen Sprachkursen für alle, Zugang zu Ausbildungs- und Studium und die Legalisierung des Aufenthalts von Menschen ohne Aufenthaltspapiere!

Geduldet in Deutschland – Was heißt das? 2 Beispiele



> meryem
keymaz, 22

im Libanon geboren, kam mit 6 Monaten nach Deutschland. Bis 2007 wurde sie in Bremen

„geduldet“. Heute macht sie hier eine Ausbildung zur Rechtsanwaltsgehilfin.

„Es ist echt schwer gewesen, die Angst in sich zu haben, das jeder Moment zählt und die Polizei auf einmal vor der Tür steht und dich sofort mitnehmen will und dich in ein anderes Land schieben will, was ich selber gar nicht kenne und seine Sprache nicht beherrsche. Ich konnte mir nichts so erträumen, wie alle anderen Jugendlichen in meinem Alter, weil da immer die Vorstellung war, dass ich dies vielleicht niemals schaffen kann. Ich hatte mit der Duldung überhaupt keine Chance, für mich war es so. Ich hatte Panik, alleine zu sein und das mich dann vielleicht die Polizei anhalten könnte. Denn ich hatte ja noch nicht mal einen richtigen Ausweis den ich irgendwo vorlegen konnte. Weil es mir dabei nicht gut ging, kam ich mir mit der Duldung wie ein Verbrecher vor. Dabei bin ich wie alle anderen Jugendlichen auch zur Schule gegangen und habe mich drum gekümmert, alles richtig zu machen, um meine Ziel zu verwirklichen. Ich durfte aber nicht an Klassenfahrten teilnehmen, aufgrund der Residenzpflicht, da ich ja Bremen nicht verlassen durfte. Für mich war es so, das mein Leben eben mal so zerstört werden kann. Über das, was mein eigenes Leben ausgemacht hat, hatte eine andere Person Macht und durfte entscheiden, wann es vorbei ist.“ •



> hassan khateeb, 22

Jura-Student und Fußball-Schiedsrichter aus Dietzenbach (Hessen), kam 1992 im Alter von vier Jahren aus Palästina nach Deutschland

„Meine Familie stammt aus Palästina, wir sind 1992 nach Deutschland geflüchtet. Fünf meiner sechs Geschwister kamen hier zur Welt. Das erste Gymnasium, an dem ich mich beworben hatte, wollte meinen Aufenthaltstitel sehen. Ich habe mich dann bei einer anderen Schule beworben, die mich zum Glück angenommen hat. Nun studiere ich in Frankfurt Jura. Es war als Geduldeter sehr schwierig, diesen Platz zu bekommen. Wäre ich nicht genommen worden, hätte ich nur noch Zuhause herumsitzen müssen. Das kann ich mir nicht vorstellen, das wäre für mich das Schlimmste. Ob ich mein Studium beenden kann, weiß ich nicht. Die Ausländerbehörde will uns nach Jordanien abschieben. Wir haben Papiere, die beweisen, dass wir aus Palästina sind. Aber selbst wenn meine Eltern gelogen hätten: Ich war damals fünf, meine Geschwister teils noch nicht geboren. Und wir sollen alle dafür haften? Meine Geschwister waren noch nie in Jordanien, da müssten wir in einem Flüchtlingscamp leben, ohne Gesundheitsversorgung, meine Geschwister könnten nicht zur Schule gehen. Mein Vater wurde schon vor zwei Jahren dahin abgeschoben. Ich spreche kein Arabisch und kann mir nicht vorstellen, was da aus mir werden würde. Studieren kann ich da nicht, mein Abitur zählt nichts. Wir leben hier seit drei Jahren ein Leben auf Abruf, ein Leben ohne Perspektive, ohne zu wissen, was morgen passiert. Das geht an die Substanz. Aber ich bin stolz auf meine Familie, dass wir das alles zusammen durchstehen. Und wenn ich sehe, wie viele Menschen für uns kämpfen, das gibt uns Kraft, weiter zu machen.“ •

wirksamer schutz und umfassendes bleiberecht für flüchtlinge!



☒ das nach protesten geschlossene internierungslager pagani auf lesbos

EU-Außengrenzen

Kein Entkommen, kein Ankommen

Mit "Dublin II" haben sich die großen EU-Staaten ein System geschaffen, damit Flüchtlinge sie gar nicht erst erreichen

Über 100 jugendliche Flüchtlinge, eingepfercht in einer engen Zelle, schreien ihre Wut und die Forderung nach sofortiger Freilassung in die Kamera. „Voices of Pagani“, die Filmsequenzen, in denen Flüchtlinge mit einem eingeschmuggelten Aufnahmegerät ihre Situation in einem unmenschlichen Internierungslager auf der griechischen Insel Lesbos dokumentieren, gehen Ende August via youtube und über mehrere TV-Kanäle rund um die Welt. Gleichzeitig stecken Tausende von Flüchtlingen und MigrantInnen obdachlos in Athen fest, der Zugang zum dortigen Asylverfahren ist im seltensten Fall gegeben, die Anerkennungsquote liegt bei unter 2 Prozent: So versteht die griechische Regierung Flüchtlingsschutz. In dieses Land werden dennoch immer wieder Flüchtlinge aus Deutschland und anderen EU-Ländern abgeschoben. Grundlage ist das europäische Asylzuständigkeitsystem, auch kurz Dublin II genannt.

INSTRUMENT DER VERWEIGERUNG

Indem Flüchtlinge verpflichtet sind, im EU-Land ihrer ersten Registrierung Asyl zu suchen, kommt es mittlerweile jedes Jahr zu Tausenden von Dublin-Rückführungen. Die westeuropäischen Staaten, allen voran die deutsche und französische Regierung, haben Dublin II systematisch vorangetrieben und mit dem europäischen Fingerabdruckregister EURODAC perfektioniert. So wird über Land und See einreisenden Flüchtlingen der Zugang nach Westeuropa verweigert. In der Konsequenz sehen sich Flüchtlinge aus Afghanistan, Irak oder Somalia, die sich über die ägäischen Inseln und Athen doch irgendwie nach Nord- oder Westeuropa durchgeschlagen haben, mit Inhaftierung und Rückschiebung nach Griechenland konfrontiert. Ausgenommen wurden in Deutschland mittlerweile unbegleitete Minderjährige, Familien mit Kindern und kranke Menschen – allerdings erst nach starken Protesten. Das Bundesinnenministerium in Berlin trägt neben verschiedenen EU Institutionen die politische Verantwortung für die Dublin-Abschie-

bungen, denn aus dem Innenministerium kommen die zentralen Weisungen. Die Vernetzung der deutschen Regierung mit internationalen Botschaften ist von Vorteil, denn so können Vereinbarungen gebündelt an Außengrenzen weitergegeben werden.

VERANTWORTLICHE IN BERLIN

Was hier entschieden wird, setzen Bundesamt, Bundespolizei und auch der europäische Grenzschutz (mit Hilfe der EU-Grenzschutzagentur Frontex) um. Darüber hinaus ist im deutschen Asylverfahrensgesetz geregelt, dass ein Asylantrag – einmal gestellt – unwiderruflich und damit Dublin II für Migrant_innen unumkehrbar ist. Es gibt kein Entkommen und auch kein Ankommen. Im Nürnberger Bundesamt für Migration steuert das Referat 430 die gesamten Dublinverfahren. Hier werden Dienstweisungen erarbeitet und grundlegende Absprachen mit den EU-Mitgliedstaaten getroffen.

DUBLIN II AUF DER KIPPE?

Anfang September hat erstmals das Bundesverfassungsgericht dem Eilantrag eines Irakers stattgegeben und seine Abschiebung nach Griechenland untersagt. Weitere Beschlüsse aus Karlsruhe und anderen Gerichten folgten. Nichtsdestotrotz weigern sich das Innenministerium und das Bundesamt für Migration bislang, die Dublin-Abschiebungen nach Griechenland generell zu stoppen. Abschiebungen um jeden Preis erscheint einmal mehr als Devise einer Regierung, die als treibende Kraft für die militarisierte Vorverlagerung der Migrationskontrolle und für eine Abschreckungspolitik verantwortlich ist, die tausende Tote an den Außengrenzen inkalkuliert. Doch der öffentliche Druck, Abschiebungen nach Griechenland aussetzen, wächst. Schäuble geriet unlängst mit der griechischen Regierung in Streit, als er dieser vorwarf, Dublin II zu gefährden. Weitere Mittelmeerstaaten stellten sich auf die Seite Griechenlands und forderten eine Neugestaltung der europäischen. • Für eine linke Strömung (FoS), kein mensch ist illegal Hanau, transact!, Flüchtlingsini Brandenburg

Lagerland Deutschland: Die Flüchtlingsinitiative Möhlau

Löchrige Wände, Ratten und Residenzpflicht

In Sachsen-Anhalt wehren sich Asylbewerber gegen ihre Unterbringung in einer maroden Kaserne

20 Jahre nach der "Wende": Deutschland feiert sich selbst. Doch die behauptete Freiheit und Gleichheit gilt nicht für Flüchtlinge. Sie werden ausgegrenzt, in Lager und miserable Wohnheime eingewiesen, von der Polizei kontrolliert. Regierung und Medien jubeln: Die Mauer ist weg! Flüchtlinge sagen: Für uns wurden unsichtbare Mauern errichtet – wir müssen in Heimen und Lagern ausharren, in isolierter Lage an Stadträndern und in menschenleeren Gebieten, abgeschottet von der Gesellschaft.

Kommunen stecken Flüchtlinge in entlegene marode Kasernen, Container- oder Barackenlager. Deren schlechter Zustand und die isolierte Lage müssten eine Unterbringung von Menschen eigentlich verbieten. Ein Beispiel ist die marode Ex-Kaserne von Möhlau in Sachsen-Anhalt. Dort müssen rund 200 Flüchtlinge auf engstem Raum zwischen schimmeligen, löchrigen Wänden, alten Möbeln, Kakerlaken und Ratten leben – und das teilweise viele Jahre lang. Sie erhalten nur

ein Taschengeld und Lebensmittelgutscheine in Höhe von 2 mal 66 Euro im Monat. Sie müssen jeden Arztbesuch aufwändig beantragen und erhalten so gut wie nie Urlaubsscheine, denn auch für sie gilt die Residenzpflicht, nach der sie den Landkreis nicht ohne Genehmigung verlassen dürfen. Gegen einen Bewohner wurde vor kurzem wegen zweimaligen Verlassens eine Geldstrafe von 199 Euro verhängt. Das Lager liegt 30 Kilometer von der Kreishauptstadt Wittenberg entfernt, wo sich Sozialamt und Ausländerbehörde befinden. Den weiten Weg zur Behörde, auch den Gang zum Arzt oder zum Einkaufen (7 Kilometer entfernt in Gräfenhainichen), müssen die Flüchtlinge zu Fuß oder mit einem Fahrrad zurücklegen. Es fährt, abgesehen vom Schulbus, nur einmal morgens und nachmittags ein Bus. Von den 20 Euro Bargeld pro Monat kann das Fahrgeld aber nicht bezahlt werden. Die Flüchtlingsinitiative Möhlau wurde von den Flüchtlingen gegründet, um ihr Lei-

den unter diesem System zu äußern. Sie sind Betroffene der Entscheidungen der Kreisverwaltung mit Sozialamt und Ausländerbehörde, denen sie ohne jede Perspektive unterstellt sind. Sie protestieren gegen dieses System der Isolation. Eine gesellschaftliche Teilhabe ist für die Flüchtlinge von Möhlau unmöglich. Kinder wachsen hier isoliert und mit dem Stigma der Ausgeschlossenheit auf. Wir fordern: Schließung von Möhlau und aller Lager! Bargeld für alle Flüchtlinge! Flüchtlinge sind in Wohnorten und Städten dezentral in Wohnungen unterzubringen! Lager sind nur ein Geschäft für die privaten Betreiber!

<http://www.thecaravan.org>

Karawane-Festival 2010: In Gedenken an die Opfer der Festung Europa

<http://thecaravan.org/node/2160>

☒ demo der flüchtlingsinitiative möhlau in wittenberg, juli 2009. foto: marc b./umbruch



Mit einem neuen Rücknahmeabkommen schiebt Deutschland in den Folterstaat Syrien ab

"Systematische Folter" für Kritik am Regime

Drei Mal innerhalb von drei Monaten endeten Abschiebungen nach Damaskus in syrischen Knästen – wegen angeblicher Propagandadelikte. Trotzdem sollen noch 7.000 Abschiebungen folgen

Im Januar trat ein Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Syrien in Kraft. Auf dieser Grundlage begannen Ausländerbehörden im Spätsommer die ersten von bundesweit etwa 7.000 syrischen Geduldeten dorthin abzuschicken. Doch innerhalb von nur sieben Wochen endete drei Mal eine Abschiebung von Deutschland nach Syrien im Gefängnis.

Im August war die schwangere, 25-jährige Yesidin Abta Houran aus Wiefelstede bei Oldenburg nach Damaskus gebracht worden. Nach neun Jahren in Deutschland wurde sie noch am Flughafen verhaftet, später kam sie allerdings wieder frei.

Danach schlug Amnesty International im Fall Khalid Kenjo Alarm. Der Kurde war am 1. September von Frankfurt abgeschoben und verschwand kurz darauf in Syrien nach einer Vorladung beim Geheimdienst. Erst vier Wochen später konnte er im Gefängnis mit einem Anwalt sprechen. Kenjo soll "falsche Informationen über Syrien"

verbreitet haben. Der Kurde kam 2002 nach Deutschland, sein Asylantrag wurde in allen Instanzen abgelehnt.

Am 8. Oktober schließlich kamen um 5 Uhr morgens Polizisten in das Asylbewerberheim Rote Mühle in Lübbecke bei Bielefeld. Dort lebte seit 2001 die yezidische Familie Cindo. Bundespolizisten schoben sie über Frankfurt nach Damaskus ab. Seitdem sitzen drei der abgelehnten Asylbewerber dort im Gefängnis. Auch sie sollen sich an antisyrischen Demonstrationen in Deutschland beteiligt und "falsche Informationen über Syrien" verbreitet haben. Das erfüllt den Tatbestand der „Beschädigung des Ansehens Syriens im Ausland“.

Das Fatale: Die Vorwürfe dürften sich vor allem auf das beziehen, was die Flüchtlinge in ihrem Asylverfahren vorgetragen haben. Oppositionelle und Angehörige der kurdischen und yezidischen Minderheit werden in Syrien verfolgt. Selbst das Auswärtige Amt nennt die Menschenrechts-

lage unter Präsident al-Assad "weiter unbefriedigend", es gebe "Folter, Misshandlung von Gefangenen und 'Verschwindenlassen.'" Laut der Gesellschaft für bedrohte Völker ist es gar „an der Tagesordnung, schon für kleine kritische Bemerkungen über das Regime systematische, grausame Folter“ anzuwenden. Dies geschehe etwa durch Elektroschocks oder Schläge mit Kabeln. Laut Amnesty International sind 2008 fünf Menschen durch Folter in syrischen Gefängnissen gestorben. Anfang Oktober stoppte das Verwaltungsgericht Osnabrück allerdings eine Rückführung. Die Richter stellten fest, dass "unter Beweisantritt konkret dargelegt" wurde, dass Abgeschobenen in Syrien "Inhaftierung, körperliche Misshandlung und menschenunwürdige Haftbedingungen" drohen. Doch den dringenden notwendigen generellen Abschiebestop und die Aussetzung des Rücknahmeabkommens kann so ein Urteil nicht ersetzen. •

programm und gegenaktionen

mobilisierungsveranstaltung

Do, 19.11. | 19.30 h | hafenmuseum speicher XI

demonstration

2.12. | 17 h | bürgerweide (hinter hbf)

gala-abend von jugendliche ohne grenzen

wahl des abschiebeminister des jahres
3.12. | 19 h | st. stephani | stephanikirchhof 8

after hour: "agit pop", antira-soli party

5.12. | 22 h | zucker-club bremen

Den Aufruf zur IMK haben unterzeichnet: Jugend ohne Grenzen & Flüchtlingsrat Bremen · AK Migration und Flüchtlinge, Bremerhaven · Aktionsbündnis Hier Geblieben! · Birati e.V. · Bremer Friedensforum · Bundesverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge · DGB-Jugend Bremen · Forum InformaterInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung · Flüchtlingsinitiative Bremen · Flüchtlingsinitiative Möhlau · Flüchtlingsräte Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Wiesbaden, Schleswig-Holstein · Fluchtraum Bremen e.V. · Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft · Golden Shop Bremen · Infoladen Bremen · Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen · Jugendbildungstätte LidiceHaus · Netzwerk für Integration in Rödermark e.V. · no lager · Gruppe polypol, Bremen · Pro Asyl · Queer-feministische Aktion · ReferentInnen und Aktive des AstA der Uni Bremen · ServiceBureau Jugendinformation · The VOICE Refugee Forum · Zuflucht Ökumenische Ausländerarbeit ☒

Der Aufruf und weitere Hintergrundinfos sind hier dokumentiert:

☒ www.imk2009.blogspot.com

kontakt: imk2009@web.de

www.jogspace.net | www.hiergeblieben.net

twitter:

#hier_geblieben